Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 146 (1980)

Heft: 11

Rubrik: Gesamtverteidigung und Armee

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gesamtverteidigung und Armee

Bundesrat befasst sich mit ASMZ-Artikel

In der ASMZ vom Februar dieses Jahres veröffentlichte Oberst Bernhard Wehrli, Feldbach, einen Artikel über **«ungenutzte Sparmöglichkeiten im EMD»**. Er wies darin auf eine im Jahr 1978 bei den Regimentskommandanten der Armee durchgeführte Umfrage hin, mit der Sparvorschläge gesammelt wurden. Gestützt auf den ASMZ-Artikel reichte Nationalrat Helmut Hubacher, Basel, im Frühling dieses Jahres eine Interpellation ein, in der er dem Bundesrat folgende Fragen stellte.

1. Was war der Sinn der 1978 an alle Regimentskommandanten gerichteten Umfrage, und wann ist deren Auswertung vorgesehen?
2. Trifft es zu, «dass unsere Stäbe zu gross sind»?
3. Trifft es zu, «dass das Instruktorenkorps überaltert ist» und dass «wir bald mehr Obersten als Hauptleute und Majore im Korps haben» werden?
4. Trifft es zu, dass in den letzten Jahren eher zuviel Geld in Beton statt in Waffen investiert worden ist?
5. Trifft es zu, dass der Papierkrieg zu umfangreich, die Reglementssammlungen zu gross und die bürokratischen Umtriebe zu belastend geworden sind?
6. Trifft es zu, dass tendenziell die Feststellung berechtigt ist, beim Betriebsaufwand könne zugunsten der Rüstungsbeschaffung Geld eingespart werden?

Die Interpellation, die von weiteren 23 Nationalräten mitunterzeichnet war, wurde Mitte September vom Bundesrat schriftlich beantwortet, und zwar wie folgt:

1. «Seit 1971 besteht im Militärdepartement eine ‹Arbeitsgruppe Militärausgaben›, deren Aufgabe es ist, die sparsame und wirtschaftliche Verwendung der für die militärische Landesverteidigung bestimmten Mittel laufend zu überwachen. Dazu gehört unter anderem die Prüfung und Behandlung von Spar- und Rationalisierungsvorschlägen in den Kursberichten der Truppenkommandanten.

Im Jahr 1978 ersuchte das Militärdepartement die Regimentskommandanten der Armee, in Ergänzung zu den ordentlichen Kursberichten noch **zusätzliche Sparvorschläge** zu unterbreiten. Auf die Umfrage gingen 224 Vorschläge ein, deren Bearbeitung sich aus personellen Gründen etwas verzögerte. Immerhin lag Ende des letzten Jahres eine erste Detailauswertung vor, die der Arbeitsgruppe Militärausgaben zur weiteren Behandlung überwiesen wurde. Heute sind 44 Vorschläge verwirklicht oder in Verwirklichung. 64 Vorschläge mussten fallengelassen werden, weil sie sich nicht realisieren lassen oder ihr Spareffekt fragwürdig ist. Die übrigen Vorschläge werden noch geprüft, was zum Teil mit sehr aufwendigen betriebswirtschaftlichen Untersuchungen verbunden ist.

2. Die **Stäbe der Grossen Verbände** wurden im Jahr 1976 neu organisiert. Dabei wurden ihre Bestände zum Teil erheblich reduziert. Insgesamt wurden 213 Offiziersfunktionen gestrichen.

Obgleich jeder Grosse Verband im Kriegsfall über zwei funktionsfähige Stäbe, einen Hauptführungsstab und einen Ersatzführungsstab, verfügen muss, ist nicht zu bestreiten, dass die Heereseinheits- und Brigadestäbe zur Erfüllung reiner Führungsaufgaben im Krieg etwas kleiner sein könnten als heute. Die an die Stäbe im Frieden zusätzlich gestellten Aufgaben (Ausbildung, Vorbereitung von Übungen, Suchen von Schiess- und Übungsgelände, Kontrollen bei der Truppe usw.) erfordern indessen die Bestände, über die die Stäbe heute verfügen. Andernfalls würde die Belastung der Offiziere, die heute durchschnittlich 35 Diensttage pro Jahr beträgt, weiter ansteigen. In einer Milizarmee mit allgemeiner Wehrpflicht erbringt die Verkleinerung von Stäben übrigens keine Einsparung.

3. Im Jahr 1965 betrug der Anteil der **Instruktionsoffiziere** in den Graden Oberstleutnant, Oberst und Brigadier am gesamten Instruktionskorps 41 Prozent. Heute ist er auf 34 Prozent zurückgegangen. Dennoch trifft es zu, dass das Instruktionskorps einer gewissen **Überalterung** entgegengeht. Während heute in Armee und Militärverwaltung insgesamt 215 Instruktoren in den Graden Oberstleutnant bis Brigadier tätig sind, wird ihre Zahl bis in zehn Jahren auf rund 350 steigen. Infolge des Personalstopps in der Bundesverwaltung bleibt die Zahl der für Ausbildung in den Rekrutenschulen zur Verfügung stehenden Instruktoren der unteren Grade praktisch unverändert, was seit einiger Zeit zu einem empfindlichen Fehlbestand an Lehrpersonal geführt hat.

Beizufügen ist, dass das Militärdepartement entgegen der im Artikel der ASMZ aufgestellten Behauptung bemüht ist, Instruktionsoffiziere, die als Oberst von einem Schulkommando zurücktreten, mit qualifizierten Aufgaben zu betrauen und sinnvoll einzusetzen.

4. Die Behauptung, es würden in letzter Zeit zu viele Mittel in **militärische Bauten** statt in Kriegsmaterial investiert, trifft nicht zu. In der Planungsperiode 1975 bis 1980 ging im Gegenteil der Anteil der Bauten am Gesamtvolumen der Investitionsrubriken der Militärausgaben von 33 auf 23 Prozent zurück.

Von den Aufwendungen für militärische Bauten entfallen je rund 30 Prozent auf Kampf- und Führungsbauten sowie auf Ausbildungsanlagen. Die restlichen 40 Prozent werden für Bauten und Anlagen der Infrastruktur und der Logistik aufgewendet. Die Beschaffung von neuen Waffen und Geräten zieht in den meisten Fällen bauliche Massnahmen nach sich.

5. Die zuständigen Stellen des Militärdepartements sind sich bewusst, dass auf dem Gebiet der **militärischen Reglemente** Verbesserungen notwendig und möglich sind. Verschiedene Lösungen stehen gegenwärtig in Bearbeitung. Die Reglemente sollen gestrafft und ihre Verteiler weiter beschränkt werden. Den Truppenkommandanten sollen bloss noch handliche Kurzfassungen abgegeben werden, während die Gesamtausgaben den Instruktoren und Fachspezialisten vorbehalten sein sollen. Dazu kommt, dass sämtliche militärischen Vorschriften (Reglemente, Behelfe, Merkblätter und Lehrschriften) auf Computer überführt werden. Die entsprechenden Computerausdrucke werden in Zukunft vor allem die Aktenübergabe bei Kommandowechseln auf allen Stufen erleichtern.

Was die beanstandete Lehrschrift «Sicheres Kartenlesen» betrifft, darf zunächst festgestellt werden, dass diese bei der Truppe sehr gute Aufnahme gefunden hat. Die Lehrschrift, die mit einem handlichen und für den praktischen Gebrauch geeigneten Merkblatt ergänzt worden ist, wird einzig als Kommandoexemplar an die Schulen und Einheiten verteilt; persönliche Exemplare werden nicht abgegeben. Die Herstellung der Gesamtauflage von 13 000 Exemplaren hat im Budget der Bundeskanzlei Druckkosten von Fr. 40 000.– verursacht.

6. Die Ausgaben des Militärdepartements werden unterteilt in **Investitionen** und **Betriebsaufwand.** Die Investitionen umfassen die Ausgaben für Bauten, für Kriegsmaterial, für Entwicklungen, Forschungsarbeiten, Anschaffungen und Erprobungen von Mustergeräten und für Übungsmunition. Unter den Betriebsaufwand fallen die übrigen Militärausgaben.

In der Rechnung des Jahres 1979 betragen die Investitionen mit 1634,1 Millionen Franken rund 51 Prozent der Militärausgaben, der Betriebsaufwand mit 1556 Millionen Franken rund 49 Prozent. Annähernd die Hälfte des Betriebsaufwandes entfällt auf Personalbezüge. Es ist uns keine ausländische Armee bekannt, die eine ähnlich hohe Investitionsrate und damit kostengünstige Landesverteidigung aufweist. Wie wir bereits in unserem Bericht vom 3. Oktober 1977 über die Militärausgaben erwähnten, hat das Militärdepartement die **Betriebsaufwandplanung** eingeführt. Mit diesem Instrument wird der gesamte Betriebsaufwand regelmässig nach strengsten Massstäben überprüft. Dank dieser Massnahme ist es gelungen, das Wachstum des Betriebsaufwandes seit 1978 unter dem Wachstum der Militärausgaben zu halten und die dadurch frei gewordenen Mittel für Rüstungsbeschaffungen einzusetzen. Im Jahr 1979 konnte der Anteil des Betriebsaufwandes an den gesamten Militärausgaben erstmals seit 1973 wieder unter 50 Prozent gesenkt werden. Weitere Kürzungen des Betriebsaufwandes wären nur unter Inkaufnahme von substantiellen Einschränkungen im Bereich der Ausbildung und des Unterhalts möglich, was unvermeidlich zu einer Beeinträchtigung der Kriegsbereitschaft der Armee führen würde.»

Blutspender in Feldgrau

Wie dem Informationsbulletin des Blutspendedienstes des Schweizerischen Roten Kreuzes zu entnehmen ist, haben im Jahr 1979 nicht weniger als **72 771 Wehrmänner und FHD** in Schulen und Kursen der Armee Blut gespendet. Nur dank diesen Spenden war es möglich, den Landesbedarf an Blut und vor allem an den äusserst vielseitig verwendbaren Plasmapräparaten zu decken. Blutspendeaktionen bei der Truppe sind deshalb tatsächlich ein lebenswichtiger Beitrag an die Erfüllung der Aufgaben, die dem Blutspendedienst des Schweizerischen Roten Kreuzes mit einem Bundesbeschluss vom Juni 1951 übertragen worden sind.

Was geschieht mit dem im Militärdienst gespendeten Blut? Im Zentrallaboratorium des Blutspendedienstes in Bern, wohin die mobilen Entnahmeequipen jeweils am späten Abend zurückkehren, wird jede Spende zunächst zentrifugiert, wodurch sich die festen Bestandteile des Blutes (Blutzellen) vom flüssigen Plasma trennen. Wenige Stunden nach der Blutentnahme stehen bereits die ersten Zellpräparate (zum Beispiel Konzentrate roter Blutzellen für Blutarme, Blutplättchen-Konzentrate für Patienten mit allgemeiner Blutungsneigung) zur Verfügung.

In der Zwischenzeit werden im Serologie-Labor die mit jeder Spende abgenommenen Kontrollröhrchen mit modernsten Geräten auf Blutgruppe, Rhesusfaktor, Gelbsuchterreger und einige weitere Punkte geprüft. Erst wenn die Resultate dieser Untersuchungen vorliegen und die Spende als einwandfrei gelten kann, kommt die Auslieferung ins Spital in Frage. Von diesen Sicherheitsmassnahmen zum Empfängerschutz profitiert auch der Spender: Treten erhöhte oder verdächtige Werte auf, wird er darüber informiert.

Am nächsten Morgen schliesslich wird auch das Plasma, der flüssige Blutanteil, der Weiterverarbeitung zugeführt. Je nach Menge und Bedarf können daraus Albuminlösungen oder spezifisch wirksame Plasmapräparate gewonnen werden. Während die ersteren täglich in grossen Mengen zur Kreislauffüllung bei Schockzuständen, Verbrennungen oder Eiweissmangelzuständen benötigt werden, gelingt es mit den aus mehreren Spenden angereicherten Spezialpräparaten unter anderem Bluterkranken zu helfen, Abwehrschwächen bei gefährlichen Infektionen zu bekämpfen oder einen lebensgefährlichen Antikörpermangel zu beheben. Nicht zu vergessen sind auch die Plasmareserven von Armee und Zivilschutz, die ebenfalls vom Blutspendedienst des Schweizerischen Roten Kreuzes sichergestellt werden müssen. Damit diese Vorräte immer erhalten bleiben und für den zivilen Gesundheitsdienst trotzdem nicht verloren gehen, setzt der Blutspendedienst die entsprechenden Bestände kostenlos um; die Plasmavorräte werden den Spitälern zugeführt und wieder durch frische ersetzt. Eine so wirksame und billige Reservehaltung für den koordinierten Sanitätsdienst ist in anderen Ländern unbekannt.

Um die Blutversorgung von Zivilbevölkerung, Zivilschutz und Armee im Kriegsfall sicherzustellen, besteht ein **«Konzept des Kriegstransfusionsdienstes» (KTD).** Dieser hat Vollblut, Plasmalösungen und Plasmaersatzlösungen in genügender Menge und am richtigen Ort für den Kriegs- und Katastrophenfall zur Behandlung von Schockzuständen, schweren Blutungen, Verbrennungen und Strahlenschädigungen bereitzuhalten. Zur Versorgung des KTD mit Vollblut ist genügend Material für die Entnahme, Testung und Transfusion von Vollblut dezentralisiert eingelagert. Ebenso bestehen dezentralisierte Lager grösserer Mengen von humanen Eiweisslösungen. Ausserdem bildet die Armee Equipen zur Durchführung von Blutentnahmen und serologischen Untersuchungen aus. Die Entnahmetätigkeit untersteht im Ernstfall dem Chefarzt des Blutspendedienstes des jeweiligen Territorial- bzw. Spitalregiments. Im Kriegsfall muss auf eine hochspezialisierte Komponententherapie (Blutbehandlung nach Mass) verzichtet werden, da die hiefür erforderliche Infrastruktur kaum aufrechterhalten werden kann. Vielmehr kommt dann eine stark vereinfachte Transfusionsmedizin zum Tragen (Vollblut, eingelagerte Plasmalösungen). Die Blutspender müssen deshalb im Ernstfall kurzfristig und möglichst nahe am möglichen Empfänger rekrutiert werden. ■

Wir zitieren: Strategie des Westens

Das westliche Interesse besteht nach wie vor darin, den Krieg verlässlich zu verhindern und der sowjetischen Dreifach-Strategie, die Subversion, manipulierte Wahlen und militärische Erpressung umfasst, den Weg zu sperren. Die Verstärkung der westlichen Verteidigungskraft und die Wiederbelebung des westlichen Bündnisses sowie dessen Verkoppelung mit dem Fernen Osten sind die notwendigen Voraussetzungen der westlichen Sicherheit. Um diese Voraussetzungen zu schaffen, ist es erforderlich, dass das politische Denken des Westens sich schöpferisch verjüngt und eine Strategie entwickelt, die nicht von der Vergangenheit beherrscht wird, sondern in der dynamischen Wirklichkeit der Gegenwart eine erträgliche Zukunft vorzubereiten und zu sichern vermag.

Professor Stefan T. Possony, geb. 1913, USA

JB&B

Bärbank: gutes Augenmass für Anlagemöglichkeiten.

BANK JULIUS BÄR & CO. AG
8022 Zürich, Bahnhofstrasse 36, Telefon 01/228 51 11

N31